

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

115 1/2 (10.12.1949)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittag, durch die Post 1.65 zuzüglich 45 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65.

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1.750. Jahrgang

Samstag, den 10. Dezember 1949

Nr. 115 / 1. Blatt

Amnestie angenommen

Bayernpartei spricht von „flagrante Verletzung der Länder-Rechte“ — Wortgefecht zwischen SPD- und KPD-Abgeordneten

Von unserem DND-Korrespondenten

v.W. Bonn. Mit überwältigender Mehrheit aller Fraktionen bei eintägiger — ebenfalls über alle Fraktionen verteilten — Gegenstimmen, wurde auf der 22. Sitzung des Bundestages am Freitag das Amnestiegesetz in 2. und 1. Lesung angenommen. Fast zur gleichen Zeit sprachen sich in der Sitzung des Bundesrates einige Ländervertreter gegen die Vorlage aus. Dennoch ist nicht zu befürchten, daß das von vielen sehnsüchtig herbeigewünschte Gesetz nicht mehr vor Weihnachten Gesetzeskraft erlangen wird. Das Amnestiegesetz gehört zur Gruppe der Bundesgesetze, die bei Ablehnung durch den Bundesrat dennoch durch Übereinstimmung im Bundestag rechtskräftig werden können. Da die Vertreter fast aller Fraktionen für eine endgültige Verabschiedung noch vor Weihnachten waren, ist damit zu rechnen, daß das Amnestiegesetz noch vor dem Fest Rechtskraft erlangt.

Nach dem neu überarbeiteten Entwurf ist der Stichtag für die zu amnestierenden Delikte auf den 15. Dezember 1949 festgesetzt. Nach § 2 des Gesetzes fallen unter die Amnestie rechtskräftige Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten, und daneben ausgesprochene Geldstrafen bis zu 5000 DM sowie Geldstrafen, bei denen die Ersatz-Freiheitsstrafe nicht mehr als sechs Monate beträgt. Allerdings gilt dies nur für Strafen, die noch nicht verbüßt bzw. noch nicht bezahlt sind. Darüber hinaus werden noch nicht verbüßte Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und zusätzlich ausgesprochene nicht bezahlte Geldstrafen bis zu 5000 DM unter der Bedingung erlassen, daß der Täter binnen eines Zeitraumes von drei Jahren kein Verbrechen oder ein vorsätzliches Vergehen verübt. Die Amnestie-Bestimmung findet keine Anwendung, wenn der Täter aus Grausamkeit, erböser Gesinnung oder aus Gewinnsucht gehandelt hat. Stimmgemäß wird amnestiert ein Täter bei anhängig gemachten Verfahren bis zu sechs Monaten Gefängnis oder, wenn eine Geldstrafe bis zu 5000 DM zu erwarten ist. (Die ergänzenden Amnestie-Bestimmungen für Sonderfälle sind aus dem Gesetztext ersichtlich.)

Der Berichterstatter des Ausschusses betonte bei Erläuterung des Gesetzesentwurfes vor dem Bundestag, daß man sich im Ausschuss erst nach sehr eingehender Beratung entschlossen habe, nicht nur Vergehen, sondern auch Verbrechen aus politischen Gründen, nach 1945 begangen, generell zu amnestieren; allerdings nur unter der Bedingung, daß die Täter bis zum 31. März 1950 aus ihrer Illegalität herausträten.

In der Debatte hatte die Bayernpartei erklärt, daß sie zwar den materiellen Inhalt des Gesetzes anerkenne, die Zuständigkeit des Bundes jedoch ablehne. Der Abgeordnete Dr. Hermann Eitel sagte, das Gesetz sei eine flagrante Verletzung des Rechts der Länder. Schwere Verfassungskonflikte seien unvermeidbar. Der WAV-Sprecher vermied die Lösung solcher Strafen aus dem Strafregister, die bereits verbüßt sind und unter die Amnestie gefallen wären. Die Nationale Rechte hätte gern einen „noch dickeren Strich“ unter die Vergangenheit gezogen und bedauerte, daß die Entnazifizierung nicht mit einbegriffen worden ist.

Der Bundestag verabschiedete ferner gegen die Stimmen der Kommunisten das Gesetz zur Erhebung einer weiter fortlaufenden Abgabe „Notopfer Berlin“. Über den Gesetzesentwurf kam es zwischen dem sozialdemokratischen Berliner Abgeordneten Franz Neumann und dem Abgeordneten der KP, Heinz Renner, in der Diskussion zu einem lebhaften Wortgefecht. In dessen Verlauf Neumann den Abgeordneten Renner beschuldigte, daß es die politischen Freunde seiner Partei gewesen seien, die seinerzeit für die restlose Demontage bzw. die Demolierung wesentlicher Wirtschaftsbetriebe Berlins gestimmt hätten und daß es die politischen Kreise wären, die auch jetzt noch verantwortlich wären für die schweren wirtschaftlichen Sorgen, die der Viersektorenstadt täglich neu erwachsen.

„Ein Schritt zum Kriege“

Heinz Renner, der bei der fast ständigen Abwesenheit des kommunistischen Fraktionsführers Reimann der Wortführer der KP im Bundestag ist, hatte sich bei Beginn der Plenarsitzung mit erheblichem Stimmenaufwand bemüht, seine Forderung durchzusetzen, eine sofortige Debatte über das Remilitarisierungs-Problem auszulösen, die er durch die verschiedenen Presseäußerungen des Bundeskanzlers für notwendig erachtete. „Das Interview Adenauers ist ein Schritt zum Kriege“, erklärte Renner den dagegen heftig protestierenden Abgeordneten der Bechten und löste dadurch einen heftigen Lärm im Bundestag aus, daß Bundestagspräsident Dr. Köhler seine Glocke minutenlang gebrauchen mußte. Renner drohte nachhaltig mit dem Finger in Richtung auf die FDP-Fraktion und erklärte, „sie bejabe den Krieg“. Schließlich entzog ihm der Bundestagspräsident wegen Überschreitung der Redezeit das Wort.

Wie wir erfahren, hatte der kommunistische Antrag, eine Debatte über das Adenauer-Interview

mit der Cleveland-Zeitung auszulösen, bereits im Ältestenrat eine Ablehnung erfahren.

Während die Bayern-Partei die Biersteuer-Frage — Länder- oder Bundessteuer? — äußerst ernst nahm, mit bewegten Worten von dem landwirtschaftlichen Arbeiter sprach, der zur „Brotzeit“ wegen der hohen Steuer nunmehr Milch statt Bier trinken müsse und das Problem sogar von der Seite „Föderalismus oder Zentralismus“ anpackte, ja schließlich das Grundgesetz bemühte, war das schwach besetzte Haus seinerseits bereit, die Angelegenheit für einen „besseren Witz zu nehmen“. Die Mehrzahl der Abgeordneten brachte jedenfalls zu dieser Zeit dem vollbesetzten Bundes-Restaurant sehr viel mehr Interesse entgegen und bewies, daß das dort ausgeschenkte „Weißen-Stephaner“ ein Recht darauf hat, steuerbegünstigt zu sein.

Um die 300 DM-Grenze

An der Sitzung des Bundesrates nahmen auf der Zuschauertribüne etwa 30 Angehörige von Betriebsräten großer Industrieunternehmen aus dem Raume Köln teil. Sie wollten die Debatten über die Steuerfreiheit für Weihnachtsgratifikationen beobachten und gegebenenfalls vor dem Parlamentsgebäude demonstrieren, falls für die Weihnachtsgratifikation keine Steuerfreiheit bis zur Höhe von 300 DM gewährt würde. Die Betriebsräte hatten vorher an verschiedene Angeordnete des Bundestages Schreiben gerichtet. Darin brach-

ten sie zum Ausdruck, daß sie die Nichtachtung des Bundestagsbeschlusses, 300 DM Weihnachtszuwendungen als steuerfrei zu erklären, durch die Länder und den Bundesfinanzminister mißbilligten.

Zu einer Demonstration der Betriebsrats-Mitglieder kam es nicht, nachdem die Frage der Weihnachts-Gratifikation, die ursprünglich nicht auf der Tagesordnung stand, gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages abgesetzt werden mußte.

Der Bundesrat könne über den Vorschlag des Bundestages, die steuerfreie Grenze für Weihnachts-Gratifikationen auf 300 DM zu erhöhen, nicht entscheiden, erklärte Bundespräsident Arnold einer Gewerkschaftsdelegation. Kurz zuvor hatte der Bundesrat die Auffassung vertreten, daß der Bundestagsbeschuß nur eine Empfehlung an die Bundesregierung sei. Die Ländervertretung könne nicht über eine Empfehlung sondern nur über eine Regierungsverordnung entscheiden, die auf Grund des Bundestagsbeschlusses erlassen würde.

Wie dazu weiter verläuft, verhandelt der stellvertretende Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei, August Martin Euler, zur Zeit mit Bundeskanzler Dr. Adenauer über die Kompetenzstreitigkeiten im Falle der Weihnachtsgratifikationen.

Bettinger entlassen

Stuttgart (DND). Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier hat mit Zustimmung des

„Deutsche Gleichberechtigung“

in einer europäischen Streitmacht

Neue Rede des Bundeskanzlers zur Frage der Remilitarisierung

Von unserem DND-Korrespondenten

v.W. Bonn. In einer Vorstandssitzung des CDU-Zonenausschusses in Königswinter nahm Bundeskanzler Dr. Adenauer am Freitag erneut zur Frage der deutschen Sicherheit Stellung. Der Kanzler erklärte, „nicht nur die übrige Welt, auch Deutschland habe einen Anspruch auf Sicherheit“. In einer europäischen Streitmacht müßten daher die Deutschen genau wie die anderen europäischen Nationen gleichberechtigt vertreten sein.

Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes — so erklärte Dr. Adenauer weiter — lehne einen Krieg oder ein Wiedererleben seiner deutschen Militärmacht ab. Da jedoch die Volkspolizei in der Ostzone eine reguläre Armee darstelle, über deren militärische Stärke man sich in Westeuropa klar sein müsse, hatten die Alliierten bei ihren Besprechungen über die militärische Situation auch daran zu denken, daß Deutschland ein dicht besiedeltes Land sei. „Die Alliierten haben dieses Land entworfen. Jetzt sind sie aber auch für die Sicherheit dieses Landes verantwortlich.“ Sie müßten sich die Frage stellen, was schlimmer sei, ein deutsches Kontingent in einer europäischen Streitmacht oder die Bedrohung durch Sowjetrußland.

Vor dem CDU-Zusammenschuß äußerte sich der Kanzler auch zu den Pefersberg-Besprechungen und unterstrich die Gleichberechtigung der Bundesregierung bei den gegenwärtigen und kommenden Gesprächen. Adenauer glaubt, daß die tatsächlichen Früchte des Petersberg-Protokolls erst nach geraumer Zeit sichtbar würden. Unter allen Umständen aber werde der Demontagestop mit Hilfe der deutschen Wirtschaft ihre alte Stellung im Rahmen der Weltwirtschaft wieder zu verschaffen.

Schließlich kündigte Dr. Adenauer an, daß das Kabinett in kurzer Zeit für die Inter-

nationale Ruhrbehörde einen deutschen Vertreter ernennen werde

Paris gegen jede deutsche Aufrüstung

Eine Resolution des Rats der Republik

Paris (DND). Der Rat der Republik nahm eine Resolution an, die sich gegen jede Aufrüstung Deutschlands ausspricht.

In der Resolution heißt es, die internationale Lage mache Deutschlands Beteiligung notwendig, aber diese Teilnahme und insbesondere Deutschlands Zulassung zu europäischen Organisationen müsse von gewissen Bedingungen abhängen.

Ostzonenregierung weist jugoslawische Militärmisssion aus — Wegen angeblicher Störung von Ruhe und Ordnung

Berlin (DND). Die Angehörigen der im britischen Sektor Berlins gelegenen jugoslawischen Militärmisssion, die ihre Wohnungen im Ostsektor haben, sind von der Volkspolizei unter Hausarrest gestellt worden.

Der Chef der Militärmisssion versuchte daraufhin mit einem Auto in den britischen Sektor zu fahren. Der Wagen wurde ihm jedoch von der Volkspolizei abgenommen. Das Innenministerium der Sowjetzonenregierung teilt dazu mit, daß den Angehörigen der jugoslawischen Militärmisssion mit sofortiger Wirkung der Aufenthalt im Gebiet der Sowjetzone versagt worden sei. Als Begründung wird angegeben, die Mitglieder der Misssion hätten versucht, in der Sowjetzone Ruhe und Ordnung zu stören.

Der über die Mitglieder der jugoslawischen Militärmisssion in Berlin verhängte Hausarrest wurde am Freitag mittag plötzlich wieder aufgehoben. Die Mitglieder der Kommission wurden aufgefordert, den russi-

Monte Cassino ersteht wieder

Gesamtaufwand zwei Milliarden Lire

Rom (DND). Die durch den Krieg vollständig zerstörte Benediktinerabtei Monte Cassino wird mit einem Gesamtaufwand von zwei Milliarden Lire neu aufgebaut. Bisher wurden bereits für die Räumungsarbeiten und notwendigen Rekonstruktionen 230 Millionen Lire aufgewendet. Der wegeräumte Schutt umfaßt über 300 000 Kubikmeter. Die Abtei soll als Stammkloster des Benediktinerordens getreu seiner ursprünglichen Bauart wieder aufgebaut werden. Auch die Ortschaft Monte Cassino, die ebenfalls in ein Trümmerfeld verwandelt worden war, ist bereits wieder aufgebaut worden, so daß seit einiger Zeit alle einst obdachlosen Bewohner in die neuen Häuser einziehen konnten. Der Staatsbeitrag beträgt 130 Millionen Lire. Der Rest der Wiederaufbaukosten wird durch Mittel des Marshallplanes, durch Zuwendungen des Vatikans und private Hilfe aufgebracht.

Entspannung im Kalten Krieg?

Triest (DND). Zu der Entlassung jugoslawischer Reservistenverbände, die im vergangenen Sommer zur Verstärkung des jugoslawischen Grenzschutzes aufgebildet worden waren, verläutet, daß man in Belgrad zwar über die Wintermonate mit einer gewissen

Entspannung im Kalten Krieg, für das nächste Frühjahr freilich mit einer neuen Verschärfung der jugoslawisch-russischen Spannungen rechnet, wobei man Grenzkonflikte und ernsthafte Provokationen befürchtet. Infolge der Einstellung der Feindseligkeiten in Griechenland, konnten erhebliche jugoslawische Truppenteile aus Mazedonien abgezogen werden, die in der Stärke mehrerer Divisionen entlang der griechischen und albanischen Grenze konzentriert waren. Wie man ferner vernimmt, hat der verstärkte Grenzschutz Jugoslawiens an der ungarischen und nordalbanischen Grenze keine Veränderung erfahren da die Lage im Banat und im montenegrinisch-albanischen Grenzgebiet immer noch als kritisch bezeichnet wird.

Das Wahl-Barometer von Bradford

Labour-Kandidat siegt mit starkem Vorsprung

London (DND). In der Nachwahl zum britischen Unterhaus in Bradford (Nord-England), die von vielen Beobachtern als die wichtigste Nachwahl seit den letzten Parlamentswahlen betrachtet wird, hat der Kandidat der Arbeiterpartei gesiegt. Er errang eine Mehrheit von 4000 Stimmen gegenüber dem konservativen Gegner. 1945 hatte der Kandidat der Arbeiterpartei eine Mehrheit von 9000 Stimmen erhalten.

Kabinetts den Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Baden, Direktor Willi Bettinger, aus dem Staatsdienst entlassen. Bettinger hat vor einigen Wochen einen Urlaub angetreten. Das Innenministerium erklärte in einer Verlautbarung, viele Flüchtlinge wollten sich nicht von einem Mann betreuen lassen, dessen Gesinnungsgenossen für das Schicksal der Neubürger verantwortlich seien. Bettinger werde auch in der Öffentlichkeit wenig Vertrauen entgegengebracht.

Vizekanzler Franz Blücher wird am Montag in Stuttgart erwartet. Blücher spricht in einer öffentlichen Versammlung der Demokratischen Volkspartei im Sitzungssaal des württembergischen Landtages in der Heusteigstraße.

VOM TAGE

Länder-Wohnungsminister tagten. Bundesminister Wildermuth traf sich in Unkel am Rhein zu einer eingehenden Aussprache mit den für das Wohnungswesen zuständigen Ministern der Länder. Dabei wurden die Grundzüge der Wohnbau-Politik der Bundesregierung und ihre praktische Durchführung besprochen. (DND)

Adenauer gratuliert westdeutschem Journalisten-Verband. Die Gründung des westdeutschen Journalistenverbandes in Berlin am Wochenende hat Bundeskanzler Dr. Adenauer zum Anlaß genommen, um der westdeutschen Presse seinen Dank auszusprechen. (DND)

Deutsche Bergarbeiter für Südafrika? Die Anwerbung von Bergarbeitern aus der Bundesrepublik wird zur Zeit von Kreisen der südafrikanischen Goldminenindustrie erwogen. (DND)

Kirkpatrick dementiert. Der Leiter der Deutschland-Abteilung im britischen Außenministerium, Sir Kirkpatrick, dementierte, daß er anlässlich seines Besuches in Düsseldorf mit deutschen Industriellen über den Wiederaufbau der deutschen Stahlindustrie oder über ausländische Kapitalanlagen in der deutschen Industrie gesprochen habe. (DND)

Für Ratifizierung des Indonnesien-Abkommens. Für die Ratifizierung des holländisch-indonesischen Abkommens sprach sich die Zweite Kammer des niederländischen Parlamentes aus. Der Vertrag, dem zufolge Indonnesien ein souveräner Staat werden soll, muß jetzt noch von der Ersten Kammer gebilligt werden. (DND)

Unter Hausarrest

schon Sektor bis zum 17. Dezember, 24 Uhr, zu verlassen.

Auf jugoslawischer Seite nimmt man an, daß der Grund für dieses Vorgehen in der Tatsache zu suchen sei, daß Jugoslawien die Sowjetzonenrepublik nicht anerkannt habe. Nach Ansicht westallierter diplomatischer Kreise in Berlin verstößt das Vorgehen der Ostzonen-Behörden gegen die Viermächte-Abkommen des Alliierten Kontrollrats.

Ein Vertreter der britischen Behörden in Berlin erklärte am Freitag abend, er nehme an, daß in dem Ausweisungsbefehl der Ostsektor von Berlin irrtümlich als Teil der Ostzonenrepublik genannt worden sei. Die Tatsache, daß den Jugoslawen am gleichen Tage die Erlaubnis zum Umzug nach Westberlin erteilt worden sei, weise jedoch darauf hin, daß das Ostzonenregime eingeschoben habe, wie gefährlich nahe es einer Verletzung des Viermächte-Statuts von Berlin gekommen sei. Wenn es sich um keinen Irrtum gehandelt habe, erklärte der britische Beamte, dann werde dieser Schritt weitreichende Folgen haben.

Jagd auf „Saboteure“

Wie „Die neue Zeitung“ in ihrer Berliner Ausgabe berichtet, will sich die SED künftig gegen die laue Stimmung unter den Genossen wenden. In einer vor kurzem von der Berliner SED angenommenen Resolution wird festgestellt, daß Trotzlisten, Saboteure, Agenten und offene Provokateure nicht nur in die Partei, sondern auch in die frühere Wirtschaftskommission der Ostzone und sogar in die SED-Partei-schule eingedrungen seien.

Der Vorsitzende der Berliner SED forderte die Westberliner Arbeiter auf, sich durch Streik bessere Lebensbedingungen zu erzwingen. Er erklärte, die großen wirtschaftlichen Fortschritte der Ostzone sollten ein Ansporn zu ähnlichen Aktionen sein.

Ihrer Posten entzogen

Düsseldorf (DND). Der erste Vorsitzende der KPD von Nordrhein-Westfalen, Bundestagsabgeordneter Hugo Paul, ist als Parteivorsitzender beurlaubt worden. Es wird ihm vorgeworfen, den Kampf gegen parteifeindliche Einflüsse nicht mit dem notwendigen Ernst und genügender Wachsamkeit geführt zu haben. Gleichzeitig mit der Beurlaubung Pauls wurde Joseph Schaffe, Mitglied des KPD-Sekretariats von Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Chefredakteur des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Nordrhein-Westfalens, seiner Posten entzogen. Eine Kommission des kommunistischen Parteivorstandes ist bereits beauftragt, die Vorgänge in der Leitung der Kommunistischen Partei Nordrhein-Westfalens zu untersuchen.

Schuldbekennnisse am laufenden Band
Kostoff von den Mitangeklagten
schwer belastet

Sofia (DND). Von den elf Angeklagten im Kostoff-Prozess haben sich — mit Ausnahme von Kostoff selbst — bis jetzt alle Vernommenen für schuldig erklärt und ausgesagt. Kostoff habe im Mittelpunkt der Verschwörung gestanden.

Die Freitags-Verhandlung brachte die Vernehmung der letzten vier Angeklagten. Einer von ihnen sagte, er habe Produktionsabotage organisiert, weil er ein Gegner des kommunistischen Regimes sei. Er und andere Angeklagte hätten auf Anweisung Kostoffs gehandelt und auf den Sturz der Regierung hingearbeitet. Ferner erklärte der Angeklagte, er sei nach dem Kriege der kommunistischen Partei beigetreten, weil er das für vorteilhaft gehalten hätte.

Die letzten Angeklagten, die am Freitag nachmittag vernommen wurden, waren zwei Mazedonier, denen zur Last gelegt worden war, sie seien Agenten Marshall Titos. Einer der beiden erklärte, er sei in der bulgarisch-mazedonischen Bewegung für Tito tätig gewesen. Der frühere Gesandtschaftsrat an der jugoslawischen Gesandtschaft in Sofia bekannte sich der Spionage schuldig und sagte, er habe während des Krieges gegen die kommunistische Partei Bulgariens gearbeitet. Er sagte ferner, seine Reise nach Sofia im vergangenen Jahre, wo er sich als Feind Titos und als politischer Flüchtling ausgab, sei auf Anweisung des jugoslawischen Geheimdienstes erfolgt. Ein weiterer Angeklagter, ein früherer Industrieller, gestand, daß er sich für den Sturz der Regierung Dimitroff und ihre Ersetzung durch eine Regierung Kostoff eingesetzt habe.

Die Vernehmung der Angeklagten ist damit abgeschlossen. Das Gericht wird jetzt 65 Zeugen vernemen.

Die bulgarische Nachrichtenagentur meldete erst Donnerstag abend, also mit einer Verspätung von 24 Stunden, daß Kostoff seine Schuld bestritten hat.

Schlußsitzung
des Bundes freier Gewerkschaften

London (DND). Auf seiner Schlußsitzung veranstaltete der internationale Bund freier Gewerkschaften eine Kundgebung, in der die Arbeiter aller Länder, Rassen und Glaubensbekenntnisse aufgefordert werden, sich der neuen Organisation anzuschließen, um eine Welt zu errichten, in der die Menschen von der Tyrannei totalitärer Weltanschauungen und der Beherrschung und Ausbeutung durch Kartelle frei sind.

Schritte zum wirtschaftlichen Zusammenschluß und zur Verwirklichung des Friedens", so heißt es in dem Manifest wörtlich, „sind die dringendsten Forderungen der Stunde.“ Mit Deutschland, Österreich und Japan sollten Friedensverträge abgeschlossen werden und Deutschland müsse in die neue Völkergemeinschaft einbezogen werden. Der Internationale Bund freier Gewerkschaften solle darauf hinwirken, daß die Arbeitsstunden durch internationale Abkommen begrenzt werden. Auch solle er sich für die Festsetzung von garantierten Mindestlöhnen für alle Arbeiter einsetzen. Ferner heißt es in dem Manifest: „Der Internationale Bund freier Gewerkschaften wird mit aller Macht die Bemühungen der in den Polizeistaaten schmachtenden Völker unterstützen, sich von der totalitären Bedrückung zu befreien.“ Als Polizeistaaten werden angeführt: die Sowjetunion und ihre Vasallenstaaten, Franco-Spanien und einige latein-amerikanische Staaten.

Schließlich forderte das Manifest ein allgemeines System der Atomkontrolle, eine allgemeine Abrüstung und die Bildung einer allgemeinen Streitmacht der Vereinten Nationen zur Wahrung des Friedens.

Ein Zweiter beging Selbstmord

Alle Angeklagten in Serajewo verurteilt
Belgrad (DND). Das jugoslawische Gericht in Serajewo, vor dem gegen die zehn Russen verhandelt wird, erklärte am Freitag alle Angeklagten schuldig, im Kriege mit den Deutschen zusammengearbeitet zu haben. Es verurteilte die Angeklagten zu Freiheitsstrafen bis zu 20 Jahren. Vor der Verhandlung hatte ein zweiter Angeklagter Selbstmord begangen. Gegen einen anderen Angeklagten, der im Krankenhaus liegt, wird gesondert verhandelt werden.

Alle Angeklagten sind russische Emigranten, die nach dem Ende des ersten Weltkrieges nach Jugoslawien flohen und später die russische Staatsangehörigkeit annahmen.

Dnjeprpetrowsk wird ausgebaut

Kiew (DND). Die Autofabrik bei Dnjeprpetrowsk soll im Zuge der Durchführung des laufenden Fünfjahresplanes beträchtlich erweitert werden. Daß dies in gewissem Maße schon erfolgt ist, zeigt der vor kurzem begonnene Bau einer Arbeitersiedlung bei der Fabrik. Die Siedlung soll aus 42 großen Häuserblöcken modernen Stils bestehen und in dem in der Sowjetunion immer mehr angewandten Schnellverfahren errichtet werden. Wie der Kiewer Rundfunk in einer Reportage darüber versicherte, dürfte die Siedlung in drei Monaten fertiggestellt und dem Gebrauch übergeben werden.

Lenin-Museum in Polen

Warschau (DND). In der Ortschaft Poronino bei Krakau wird, wie sich die Moskauer „Prawda“ melden läßt, das Haus, in dem Lenin im Jahre 1913 gelebt hat, umgebaut, und in ein Museum zum Andenken an Lenin eingerichtet. Der Umbau hat vor allem den Zweck, das Haus vor dem Zerfall zu retten und ihm das Aussehen zu verleihen, das es zu Lebzeiten Lenins hatte.

Neue Beratungen über Staatsvertrag. Bei den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag konnten in den letzten Sitzungen nur geringe Fortschritte erzielt werden. Trotzdem haben die Sachverständigen der vier Großmächte beschlossen, die Beratungen fortzusetzen. (DND)

Der Marshallplan erreicht sein erstes Ziel

Von Norman H. Collison

Norman H. Collison ist kürzlich aus dem Amt ausgeschieden, nachdem er als ECA-Vertreter und Chef der ECA-Mission in Deutschland nahezu seit Beginn des Marshallplans tätig gewesen war. Sein Artikel ist sowohl ein Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit in Deutschland als auch ein Bericht über die Fortschritte des Marshallplanes.

In den ersten 18 Monaten seines Bestehens hat der Marshallplan seine erste Hauptaufgabe erfüllt: er hat die europäische Wirtschaft wieder auf einen annähernd normalen Stand gebracht.

Es bedarf keiner fachmännischen Kenntnis, um festzustellen, in welchem Ausmaß die europäischen Länder sich seit Beginn des Marshallplanes im April 1948 erholt haben. Man braucht nur um sich zu schauen und — sagen wir — das Deutschland von heute mit dem Deutschland vor einem Jahr zu vergleichen, um festzustellen, welche enormen Fortschritte in der Versorgung des Durchschnittsverbrauchers mit den lebenswichtigsten Gütern erzielt worden sind. Die traurigen Ersatzwaren sind aus den Regalen der Geschäfte verschwunden, und an ihre Stelle sind echtes Leder, gutes Leinen, erstklassige Textilien, praktische Verkaufsgüter getreten, und die Lebensmittellage hat sich enorm gebessert.

Die Probleme, denen sich die deutsche Industrie gegenübersteht, haben sich seit Anlauf des Marshallplanes radikal geändert. Das Hauptproblem ist nicht mehr, die Fabriken in Betrieb zu bringen; sie sind in Betrieb und in gewissen Herstellungsektoren schon über dem Vorkriegsstand. Auch der Gesamtindex der industriellen Produktion hat sich auf etwa 90 Prozent des deutschen Standes von 1936 erhöht.

Diese umfassenden Veränderungen haben sich nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa abgespielt. Der Wiederaufbau in anderen europäischen Ländern in den letzten 18 Monaten war sogar noch erstaunlicher. Außerhalb Deutschlands ist z. B. die Industrieproduktion weit über den Stand von 1938 angestiegen, und eine gleiche ausgesprochene Verbesserung der Versorgung des Durchschnittsverbrauchers mit Lebensmitteln ist für nahezu ganz Europa charakteristisch. Politische Instabilität, wie sie die wirtschaftliche Unsicherheit der unmittelbaren Nachkriegszeit hervorgerufen hatte, hat sich zur Zeit gelegt. Auch in Ländern, die noch vor zwei Jahren am Rande des Zusammenbruchs standen, sind stabile Regierungen errichtet worden.

So sieht es auf der Habenseite der Rechnung aus, das sind die Erfolge, die erzielt worden sind. Aber in der Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der amerikanischen Behörde, die den Marshallplan verwaltet, macht sich niemand vor, daß die Sorgen und Nöte Europas schon gelöst oder beendet seien. Die wesentlich schwierigeren und sicherlich größeren Aufgaben liegen noch vor uns. In den nächsten Monaten wird viel von wirtschaftlicher Vereinheitlichung und Produktivität gesprochen werden. Es sind dies die beiden Hauptthemen, auf die besonderes Gewicht gelegt werden muß, damit Europa wirtschaftlich von der amerikanischen Hilfe unabhängig wird. Doch ist die Erreichung dieses Zieles eine wirtschaftliche, politische und diplomatische Aufgabe, die der europäischen Tradition entgegenläuft. Es ist paradox aber wahr, daß es für den Amerikaner, der an dem freien Markt seiner 48 Staaten geschult ist, leichter ist, in europäischen Begriffen zu denken, als für einen Europäer, der seit Jahren, ja, seit Jahrhunderten seinen eigenen Nationalismus gepflegt und kultiviert hat. Zollschranken, Handelsbeschränkungen, Unterstützungsgelder

für einheimische Industrien und Ausbeutung des ausländischen Käufers sind lange Zeit in Europa übliche Praktiken gewesen. All diese unfairen Handelspraktiken müssen aber beseitigt werden, wenn die wirtschaftliche Vereinheitlichung Europas aus einem Schlagwort zur Wirklichkeit werden soll.

Die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, eine europäische Körperschaft mit ihrer Zentrale in Paris, ist das Organ, mit dessen Hilfe der Vereinheitlichungsplan durchgeführt werden soll. Sie besteht aus Vertretern der 18 ERP-Länder und hat die von den einzelnen europäischen Ländern vorgelegten Programme aufeinander abzustimmen.

Die Amerikaner dürfen nicht erwarten, daß diese Dinge über Nacht erledigt werden. Das Ziel einer freien europäischen Marktwirtschaft, in der die Waren ungehindert durch Zölle und andere künstliche Maßnahmen von Land zu Land fließen können, liegt noch in weiter Ferne; aber die Bemühungen der Marshallplan-Verwaltung in Deutschland und in ganz Europa werden darauf gerichtet bleiben, dieses Ziel zu erreichen.

Die Erhöhung der Produktivität der europäischen Industrie ist das andere Hauptproblem, dem sich die ECA und die europäischen Länder selbst gegenübersteht. Wenn Europa nach Beendigung des Marshallplanes im Jahre 1952 von zusätzlichen Dollarzuschüssen unabhängig werden soll, müssen seine Produkte auf dem Weltmarkt mit den amerikanischen konkurrieren können. Sie können aber nur dann konkurrenzfähig werden, wenn die Herstellungskosten gesenkt werden können.

Mangel an Investitionskapital, an technischen Kenntnissen und in vielen Fällen auch ein Mangel an echtem Unternehmertum haben bisher den Produktionsdrang gedämpft und werden ihn vermutlich noch weiterhin dämpfen. Aber wenn die physischen und geistigen Hindernisse nicht überwunden werden, wenn die Leistungsfähigkeit nicht wesentlich gesteigert wird, sind die Aussichten für den wirtschaftlichen Fortbestand Europas ohne amerikanische Hilfe sehr gering.

Der Marshallplan sollte ein Instrument der wirtschaftlichen Genesung sein ohne irgendwelche politischen Verpflichtungen. Doch ist jetzt eines eine dauernde wirtschaftliche Genesung nicht in einer Atmosphäre von Eifersucht, Mißtrauen und der Errichtung künstlicher Zollschranken zu erreichen.

Aus diesem Grunde befriedigen die vor kurzem von der westdeutschen Bundesrepublik unternommenen Schritte zur Liberalisierung ihrer Handelsabkommen, indem sie die Importquoten abgeschafft und praktisch alle Beschränkungen beseitigt hat. Die Maßnahmen, zu denen sich die Bundesrepublik kürzlich durch die geplante Beseitigung diskriminatorischer Handelspraktiken und Dumpingmethoden verpflichtet hat, sind sicherlich rühmeworthy Schritte des jüngsten Mitglieds der Marshallplangemeinschaft, die den Weg zu einer allgemein-gültigen Form fairer Handelspraktiken weisen.

Schließlich werden die Versicherungen der Bundesrepublik, in denen sie den anderen Teilnehmerländern ihre aufrichtigen Absichten bezüglich einer Politik der militärischen Sicherheit und Entmilitarisierung erklärt hat, wesentlich dazu beitragen, die Furcht der Nachbarländer zu vermindern und das Band eines besseren gegenseitigen Verständnisses fester zu knüpfen. Solche Maßnahmen, wie sie von Westdeutschland unternommen worden sind, eröffnen unter günstigen Vorzeichen die zweite Phase der Marshallplanentwicklung.

Wie Präs. Truman vor Affentaten bewahrt wird

Seine Leibwächter sind sehr vielseitige Männer — Jedes Paket an den Präsidenten wird durchleuchtet

Die Könige und Fürsten früherer Jahrhunderte hatten alle ihre Leibgarde, deren Mitglieder verpflichtet waren, jeden Anschlag auf das Leben ihres Herrschers unter Einsatz des eigenen Lebens zu vereiteln. Auch moderne Staatmänner haben eine solche Leibgarde, die umso stärker ist, je höher sie im öffentlichen Leben ihres Landes stehen. Während jedoch die Mitglieder der Leibgarden in totalitären Staaten durch Uniformen kenntlich gemacht sind und ihr Führer oft der wahre Herrscher des betreffenden Landes ist, da jeder Diktator in ständiger Furcht vor Attentaten lebt (bei Mussolini war sie sogar zur Manie geworden), sind die Leibgardisten demokratischer Staatsmänner nur sehr selten uniformiert. Meist besteht die Leibgarde aus Geheimpolizisten, die als unauffällige Polizisten unter der Begleitung des Staatsmannes zu finden sind und von denen nur Eingeweihte wissen, daß sie keine Politiker, Diplomaten oder Parteifreunde sind.

Auch der amerikanische Präsident hat selbstverständlich eine Leibgarde. Wie stark sie ist, wird nicht bekanntgegeben. Es gibt sogar Leute, die behaupten, daß nicht einmal Präsident Truman selbst wisse, wieviele Männer in seiner Umgebung dazu da sind, ihn vor Attentaten zu schützen. Das klingt vielleicht paradox, doch der Präsident befiehlt seine Leibgarde nicht selbst. Ihr Chef ist der amerikanische Finanzminister; er kann Einstellungen und Entlassungen vornehmen.

Juristen, Boxer, Scharfschützen

Es dürfte wohl kaum einen ehrgeizigen Geheimpolizisten oder Detektiv in den USA geben, dessen Traum es nicht wäre, in die Leibgarde des Präsidenten eingereiht zu werden. Doch der Weg in diese zivile Elitetruppe ist mit Hindernissen gepflastert. Die Bewerber sollen nach Möglichkeit Jura studiert haben

und gute Psychologen sein. Selbstverständlich werden auch körperliche Vorzüge verlangt. So sind die Angehörigen der Leibgarde im Boxen und Jiu-Jitsu ausgebildet. Tägliche Übungsstunden sorgen dafür, daß sie in Form bleiben. Daß die Männer, die für das Leben des höchsten Mannes in den Vereinigten Staaten verantwortlich sind, ausgezeichnete Scharfschützen sein müssen, versteht sich von selbst. Sie haben jeden Monat eine Prüfung abzulegen und zwar im Schnellfeuer aus allen Körperlagen und im Präzisionsschießen. In Mutproben wird festgestellt, ob der Leibgardist über körperliche Gewandtheit, Entschlußkraft und gute Nerven verfügt.

Was die psychiatrischen Kenntnisse anbetrifft, die verlangt werden, so sind sie vor allem deshalb nötig, weil es immerhin vorkommen könnte, daß ein Geisteskranker oder ein Amokläufer ein Attentat versucht. So wurde Mac Kinley im Jahre 1901 in Buffalo von einem Geisteskranken ermordet. Nach diesem Attentat wurde ein Geheimdienst zum Schutze des jeweiligen Präsidenten aufgebaut.

Besonders sorgfältig wurden die Schutzmaßnahmen für Präsident Roosevelt während des Krieges getroffen. Nachdem es bis zum Jahre 1941 fast jedem Staatsbürger der USA möglich war, ins Weiße Haus zu gelangen, wurden 1941 Ausweise für die Beamten und Journalisten eingeführt, die dienstlich und beruflich im Weißen Haus zu tun haben. Doch ist es auch heute noch nicht allzu schwer, das Weiße Haus als Besucher zu betreten. Die Zahl der Schaustrüben im Weißen Haus beträgt pro Jahr weit über 500 000. Es ist unter diesen Umständen nicht leicht für die im Weißen Haus Dienst tuenden Geheimpolizisten, sozusagen die Schafe von den Böcken zu scheiden, das heißt, verdächtige Personen oder Geisteskranke auszusondern. Hier helfen oft nur ausgezeichnete psychiatrische Kenntnisse und ein „sechster Sinn“.

Taschenuhr oder Höllenmaschine?

Da der Präsident der USA unendlich viel

Post und unendlich viele Geschenke aus allen Teilen der Welt und vor allem von amerikanischen Bürgern in den USA selbst erhält, ist eine zwei Dutzend Angestellte umfassende Abteilung lediglich damit beschäftigt, die Post des Präsidenten auf gefährliche und ungefährlche Sendungen zu untersuchen. Geschenkpakete werden durchleuchtet oder im Ölbad unschädlich gemacht, falls der Verdacht besteht, daß ein Paket eine Höllenmaschine enthalten könnte. Eine ganze Reihe sehr schöner Uhren sind auf diese Weise ruiniert worden, da ihr Ticken auf eine mit Zeitzylinder versehene Bombe schließen ließ.

Im Weißen Haus selbst ist es natürlich noch relativ einfach, für die Sicherheit des Präsidenten zu sorgen. Schwieriger wird es, wenn der Präsident sich auf Reisen begibt. Der Amerikaner ist mit Recht sehr stolz darauf, daß er sich ungeniert dem Präsidenten seines Landes nähern kann. Auch liebt es Präsident Truman, mit Menschen aus allen Bevölkerungsschichten zwanglos zu verkehren. Die Leibgarde muß hier schon die Augen offen halten, damit nicht ein als Biedermann getarnter Attentäter sich dem Präsidenten nähert. Falls der Präsident die Hauptstadt mit einem gewöhnlichen Zug verläßt, werden die Reisenden des Zuges vor der Abfahrt von Geheimpolizisten kontrolliert. Auf der Strecke selbst fährt eine einzelne Lokomotive dem Zug des Präsidenten voraus. Trifft der Präsident zu einem Besuch in irgendeiner Stadt ein, dann sind Angehörige seiner Leibgarde schon Tage vorher in der Stadt erschienen, um die nötigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Verdächtige Personen werden dann meist vorsichtshalber über die Dauer des Besuchs in Gewahrsam genommen. (prd)

Wirtschafts-Nachrichten

Gute Exportgeschäfte
der württ.-badischen Maschinenbauer

Die Ausfuhr der württ.-badischen Maschinenbauindustrie entwickelte sich zufriedenstellend. Wie aus maßgeblichen Kreisen zu erfahren ist, laufen ständig zahlreiche Auslandsaufträge ein. Die Preisfrage spielt hierbei eine untergeordnete Rolle, da es sich bei den meisten Maschinen um hochqualifizierte Anlagen handelt. Mit dem Umrrechnungskurs von 33,8 ist gut auszukommen. Ein Teil der Firmen hat die Preise um die Abwertungsmarge herabgesetzt. Der Großteil der Unternehmer aber ist bei Preisnachlässen sehr zurückhaltend. Viele Firmen klagen über notleidende Ausfuhr-Anträge mangels Importlizenzen, besonders im Geschäft mit Holland und Österreich. Die Durchführungbestimmungen zum Interzonenhandelsabkommen stoßen in Maschinenbaukreisen auf lebhafteste Kritik. Man neigt zu der Ansicht, daß das gesamte Abkommen durch bürokratische Hemmnisse zum Scheitern verurteilt sei. Die vom Landeswirtschaftsamt Württemberg-Baden in Zusammenhang mit den Fachverbänden vorgegebene Preisprüfung zur Verhinderung eines Dumpings hat sich noch nicht einzeln erfüllt. Dies dürfte daran liegen, daß die Materie sehr kompliziert ist und daß das württ.-badische Wirtschaftsministerium von der Verwaltung für Wirtschaft noch keine verbindliche Anweisungen erhalten haben will. (VWD)

100 Eier pro Kopf im nächsten Jahr

Für das Jahr 1950 ist nach einer Erklärung des Bundesernährungsministeriums (BEM) die Versorgung der Bevölkerung des Bundesgebietes mit rund 100 Eiern je Kopf sichergestellt. Bisher abgeschlossene u. bevorstehende Verträge über die Einfuhr von fast einer Milliarde Stück Eier für das kommende Jahr sowie die auf drei Milliarden Stück geschätzte Eierzeugung der Bundesrepublik sollen diese Versorgung ermöglichen. Für die Zeit des stärksten Angebots glaubt das BEM mit einem Kleinverkaufspreis von 23 bis 25 Pfennig je Stück rechnen zu können.

Die Bemühungen des BEM durch Einfuhr von Eiern einen Druck auf die überhöhten Kleinverkaufspreise auszuüben, zeigen bereits die ersten Erfolge. Die Notierungen der Frankfurter Eierbörse sind bereits zunächst um zwei, dann aber um weitere drei Pfennig zurückgegangen. Das BEM sagt weitere Preisnachlässe für die allernächste Zeit voraus, wenn die angekündigten und zum Teil schon verladenen Lieferungen von 40 Mill. Stück Eier auf den Markt kommen.

Um den Hausfrauen ein Urteil über die Preiswürdigkeit der im Kleinverkauf angebotenen Auslandsener zu ermöglichen, will das Bundesernährungsministerium für eine weitgehende Verbreitung der Einfuhrpreise über Presse und Rundfunk sorgen. Für Frachtposten, Import-, Groß- und Kleinhandelsspannen komme ein Aufschlag von 6 bis 8 Pfg. je Stück auf die Einfuhrpreise in Frage. Gegen eine Überschreitung der sich daraus ergebenden Kleinverkaufspreise sollten sich die Hausfrauen nach Ansicht des BEM durch Kaufenthaltung zur Wehr setzen. (VWD)

Margarine soll billiger werden

In den letzten Tagen fanden in Bonn Besprechungen wegen des von der Margarine-Industrie geforderten 40%igen Schutzzolles statt. Im Laufe der Besprechungen wiesen Sachverständige darauf hin, daß die Margarinewerke z. Zt. anstelle eines Fabrikpreises von 204 DM für den Doppelzentner nur 188 DM fordern, ohne daß der Konsument einen Vorteil davon hat. Beim Margarine-Groß- und Kleinhandel entsteht dadurch jedoch ein Übergewinn von jährlich rd. 77 Mill. DM. Nach den Großhandels- und Kleinhandelsaufschlägen dürfte ein Kilo Margarine nicht 2,44 DM, sondern 2,28 DM kosten. Das Bundes-Landwirtschaftsministerium fordert energisch eine Preis senkung für Margarine, um die Erhöhung der Butterpreise auszugleichen. (DND)

Fitalux im Werden. Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg sind am Freitag übereingekommen, ihre finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen in der geplanten Wirtschafts-Union zu stärken. (DND)